2.2 Bildung und Ausbildung fürs Leben: Schule

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	2. GEMEINSAM und GERECHT - für eine solidarisches Brandenburg

Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Das wollen wir ändern. Wir sehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Alle Kinder können und wollen lernen. Dafür muss es gute Rahmenbedingungen geben und Freiräume, in denen sich alle Beteiligten entfalten und gute Arbeit leisten können.

Lehrkräftemangel und Lehrer*innenausbildung

Unsere Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun. Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca. 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr als 600 Lehrer*innen benötigt. Um den großen Bedarf zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und Inklusionspädagogik. Wir brauchen aber nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen. Wir werden deshalb für eine Reform der Lehrer*innenausbildung sorgen, die die Qualifikation für diesen Beruf in den Mittelpunkt stellt, anstatt praxisfremde Wissenschaftsausbildund zu betreiben.

Alternative zur Abstimmung auf LDK: Dabei werden wir auch prüfen, ob an anderen Universitäten (BTU Cottbus, Viadrina Frankfurt/Oder) ein Lehramtsstudium eingeführt werden kann. Außerdem wollen wir über neue Ausbildungswege, zum Beispiel ein duales Studium, Ein-Fach-Lehrkräfte oder die Gründung einer Pädagogischen Hochschule nachdenken.

Kurzfristig lässt sich der große Bedarf nur über Seiteneinsteiger*innen decken. Wir setzen uns für gute Konzepte ein, um diese zu gewinnen und entsprechend zu qualifizieren. (Schlüsselprojekt Lehrkräfteversorgung sichern)

Mit einer Erhöhung der Vertretungsreserve auf sechs Prozent soll dem hohen Unterrichtsausfall begegnet werden.

Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung oder auch die stellenwirtschaftliche Absicherung von Beförderungsmöglichkeiten.

Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von Lehrkräften zu beenden. Bei den Leitungsstellen wollen wir mehr Aufgaben auf Zeit vergeben statt neue Funktionsstellen zu schaffen. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Personal einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten. Zur Entlastung der Schulleitung von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen hauptamtliche Verwaltungsleitungen einsetzen.

Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze innerhalb der Schulen durch die Schulträger ist dazu dringend erforderlich.

Medienbildung und Digitalisierung

Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch große Gefahren. Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändert sich. Wir wollen, dass unsere Bildungseinrichtungen gut mit Computern sowie Internetzugang ausgestattet sind und dass Kinder und Jugendliche frühzeitig den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Neben technischen Fähigkeiten müssen ergänzend zur fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds vermittelt werden. (Schlüsselprojekt Digitalisierung)

Flexible Antworten für die Grundschule

Bündnis 90/Die Grünen steht für eine Bildungspolitik, die die Qualität der Schule in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen eine flexible Schulstruktur, die zu den regionalen Bedingungen passt und von Schüler*innen, Eltern und Kommunen gleichermaßen mitgetragen wird. Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an den Bildungszielen zuzulassen. Im ländlichen Raum kann dieses Ziel beispielsweise mit Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4. Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse erreicht werden.

Auf der Basis pädagogisch tragfähiger Konzepte und dazu fortgebildeter Lehrer*innen ist jahrgangsübergreifendes Lernen in Filialen mit 30 Kindern möglich, vollständige Grundschulen erfordern mindestens 45 Schülerinnen und Schülern. Wir unterstützen Schulverbünde, auch über Kreisgrenzen hinweg, und Modellprojekte wie den um Klasse eins bis drei erweiterten Kindergarten.

Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge

Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können, um wichtige Informationen weiterzugeben. Das gilt auch für den Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung. Schließlich gehören die Übergänge im Bildungssystem zu den sensibelsten Phasen im Bildungsweg eines Kindes.

Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse 6

Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es unterstützend, wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle Abschlüsse ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen. Diese Schulen sollen vollständig nach einem binnendifferenzierten Konzept unterrichten können. Modularisierte Oberstufen und

doppelqualifizierende Bildungsgänge, die Abitur und Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!

Wir Bündnisgrüne unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich noch weiter zu öffnen und gleichzeitig die besonderen Fähigkeiten aller Lernenden zu entwickeln. Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Gleichzeitig brauchen wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören“ und „geistige Entwicklung“. Vor allem in der Sekundarstufe besteht bei der Inklusion noch Nachholbedarf. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren. Die schulinterne Verwendung der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden. Zudem wollen wir die Klassengrößen für den inklusiven Unterricht weiter senken. Wir wollen es Schulen ermöglichen, in demokratischer Selbstentscheidung bis Klasse neun auf Ziffernnoten zu verzichten und den Lernfortschritt und die Lernentwicklung in verbalen Beurteilungen sowie Ziel- und Bilanzgesprächen zu dokumentieren.

Die Kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. (Schlüsselprojekt Kulturelle Bildung für alle)

Wir fördern Kreativität und neue Unterrichtformen wie projektbezogene Gruppenarbeit und stellen dafür auch entsprechende Räumlichkeiten, wie Werkstätten und sogenannte „Fablabs“ (Fabrikationslabore) bereit. (Schlüsselprojekt Mehr Kreativität)

Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, aber es gibt noch Lücken, die wir schließen wollen. Auch die schulpsychologische Betreuung wollen wir schrittweise verbessern.

Willkommen an unseren Schulen

Ohne eine engagierte Arbeit an unseren Schulen wird Integration nicht gelingen. Für den Unterricht in den Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu nutzen, die selbst geflüchtet sind und unterstützen das „Refugee Teacher Program“ an der Universität Potsdam.

Mehr Ganztagsschulen

Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagsschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten Ganztagsschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten. Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die Jahrgangsstufen vier bis sechs. In der Sekundarstufe I wollen wir die weiterführenden Schulen bedarfsgerecht zu sogenannten gebundenen Ganztagsschulen weiterentwickeln. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle Bildungsangebote gemacht werden können. Für mehr Qualität an Ganztagsschulen wollen wir Unterstützungssysteme ausbauen und weiterentwickeln. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen ein Angebot schaffen, bei dem sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. (Schlüsselprojekt Guter Ganztag)

Räume für individuelles und kreatives Lernen

Gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen angepasste Unterrichtsräume zu schaffen. Die Raumempfehlungen wollen wir im Hinblick auf moderne Pädagogik und Inklusion aktualisieren. Gerade für Ganztagsschulen gibt es viele Möglichkeiten, mit offenen Raumkonzepten, verschiedenen Ebenen und Nischen, zu differenziertem Unterricht anzuregen und moderne Medien einzubeziehen. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm für die Sanierung oder den Neubau von Schulen auflegen. (Schlüsselprojekt Gute Kitas und Schulen bauen)

Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft. Daher setzen wir uns auch für ein faires, transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Schulen in freier Trägerschaft ein. Die Wartefrist bis zur Bezuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen, bei bewährten Trägern soll sie noch geringer ausfallen. Auch kleine (Eltern-) Initiativen wollen wir besser unterstützen. Außerdem wollen wir alle Schulen in die Schulentwicklungsplanung und die kommunalen Bildungslandschaften einbeziehen, ebenso wie in die Schulvisitation.

Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn

Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache, Sorbisch als Minderheitensprache und die Herkunftssprachen der Lernenden berücksichtigt. Wir wollen Mehrsprachigkeit stärker fördern und bedarfsgerechte Angebote für alle Altersgruppen schaffen.

Lebenslanges Lernen ermöglichen

Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer demokratischen Gesellschaft. Wir wollen den Leitgedanken vom „Lebenslangen Lernen“ auch in Brandenburg in die Tat umsetzen. Die Träger von Bildungsmaßnahmen oder Heimbildungsstätten brauchen hierzu eine sichere Finanzierung, um angemessene Löhne für qualifiziertes Personal und perspektivisches Arbeiten zu ermöglichen.

Das duale System der Berufsausbildung soll durch gleichwertige Angebote ergänzt werden. Dies kann durch die unterschiedliche Kombinierung von betrieblichen, außerbetrieblichen und schulischen Lernorten geschehen. Dadurch gewinnt das duale System an Unabhängigkeit gegenüber ökonomischen und demografischen Entwicklungen.

Wir wollen den Zweiten Bildungsweg ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Lange Anfahrtswege sind jedoch oftmals ein Hindernis für den erfolgreichen Abschluss. Dem wollen wir mit verstärkten online-Angeboten begegnen.

Partizipation: Gute Bildung wächst von unten

Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen. Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und andere Einrichtungen sollen stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

Mehr Geld für Bildung

Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die

Zukunft. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer Herkunft, von ihren Lebensumständen und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir deutlich mehr Geld in das Bildungssystem stecken - für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen.